

Beauftragter gegen Rechtsextremismus

Jusos fordern neuen Posten beim Kreis

lz Lüneburg. Die Lüneburger Jungsozialisten (Jusos) wollen, dass die Kreisverwaltung einen „Beauftragten gegen Rechtsextremismus“ einsetzt. Das hat der SPD-Nachwuchs bei seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen. Der Antrag werde nun an den SPD-Unterbezirk weitergeleitet. Dieser soll über die Weiterleitung an die Kreistagsfraktion entscheiden.

Die Juso-Vorsitzende Eva Köhler begründet: „Die Präsenz von Rechtsextremismus nimmt spürbar zu, ob in der Schule oder auf offener Straße. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken. Dazu gehört es, Menschen weiter darüber aufzuklären, wie gefährlich Rechtsextremisten sind und wie diese sich immer stärker in die Mitte der Gesellschaft drängen. Diese Aufklärungsarbeit soll ein kommunaler Beauftragter gegen Rechtsextremismus leisten.“

Doch nicht nur Aufklärungsarbeit sei wichtig, macht Meike Völker, Beisitzerin im Juso-Vorstand, deutlich: „Die Menschen

wissen oft nicht, wie sie mit dem Thema umgehen sollen. Die Bürger sollen nicht wegsehen, sondern sich mit ihren Fragen und Ängsten vertraulich an die Verwaltung wenden können. Rechtsextremismus müssen wir aktiv entgegentreten. Die Verwaltung muss Vorbild sein.“

Außerdem war das Volksbegehren für gute Schule Thema bei der Sitzung. Für das Volksbegehren wollen die Jusos am Sonnabend, 17. April, in der Bäckerstraße Unterschriften sammeln. „608 751 Unterschriften wahlberechtigter Niedersachsen sind nötig, um den Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. Lüneburg muss sich da mit einbringen, um den Schülern im Kreis wieder eine bessere Bildung bieten zu können. Deswegen unterstützen wir die Initiative des Bündnisses“, erklärt Eva Köhler. Das Volksbegehren beinhaltet unter anderem eine Regelschulzeit von 13 Jahren für Gymnasien und Gesamtschulen und die Gründung von mehr Gesamtschulen.